Axel Springer

Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Strasse 6
Fernruf 34 10 11
Fernschreiber 021 15.98

10. August 1959

Vertraulich!

Persönlich!

Lieber Felix,

in Sorge um die mögliche Unterlassung einer starken und weithin sichtbaren Geste der Bundesregierung gegenüber Polen am 20. Jahrestag des deutschen Überfalls auf dieses Land schreibe ich Ihnen. Wenn seitens der Regierung in diesem Sinne schon alles durchdacht und vorbereitet sein sollte, sind diese Zeilen gegenstandslos. Wenn nicht, so bitte ich Sie inständig, die geeigneten Stellen anzuregen, um am kommenden 1. September der Distanzierung der Bundesrepublik von Hitlers Untaten in Polen laut und glaubhaft Ausdruck zu geben.

Meine vielen vergeblichen Versuche, in persönlichen Gesprächen den Herrn Bundeskanzler von der Notwendigkeit einer veränderten Haltung gegenüber Polen zu überzeugen, haben mich entmutigt, noch einmal eine Direktaktion bei ihm zu unternehmen.

Peter von Zahn, der Nixon in Warschau begleitete, gab mir vorgestern einen ausführlichen und tief beeindruckenden Bericht nicht nur von der extrem freundlichen Aufnahme der Amerikaner in Polen, sondern eben auch von der nachhaltigen Erschütterung Nixons und seiner Begleitung angesichts der auch heute noch nicht zu übersehenden Folgen und Zeugnisse dessen, was einst in unser aller Namen angerichtet wurde.

Für besonders gefährlich halte ich die amerikanische Reaktion, die mir insbesondere aus USA-Quellen zu Ohren gekommen ist, dass man enttäuscht und geradezu entsetzt ist über die geringen Anstrengungen unsererseits, ein besseres Klima zwischen Polen und der Bundesrepublik herzustellen und sei es nur durch

sichtbare und immer wiederholte Zeichen der Verabscheuung Hitlerscher Taten in Polen durch offizielle Stellen unserer Regierung.

In diesem Zusammenhang wurde von amerikanischer Seite öfters auf die mit großer Genugtuung empfundene begrüssenswerte Haltung der Bundesregierung gegenüber Israel Bezug genommen und ganz eindeutig von USA-Journalisten gefragt, warum nicht gegenüber Polen, wenn auch nicht im praktisch-Politischen, so doch im moralischen Gehalt eine ähnliche Haltung eingenommen wird. Ich will Ihnen nicht verschweigen, lieber Felix, daß eine Äußerung des Herrn Bundeskanzlers anlässlich eines kürzlich stattgefundenen Vertriebenentreffens in Köln, wonach zwar die Deutschen ein vernünftiges Verhältnis zum polnischen Volk, nicht aber zu dessen augenblicklicher Regierung wünschten, die als von Moskau total abhängig bezeichnet wurde, umso weniger Verständnis in amerikanischen Kreisen gefunden hat, als gerade jetzt der Vizepräsident der USA sich zum Gedankenaustausch mit polnischen Regierungsmitgliedern an einen Tisch gesetzt hat. Ich sollte auch nicht verschweigen, dass die Auswahl einer mit starkem polnischen Ressentiment belasteten Persönlichkeit unserer Regierung, die über Vertriebenen-Fragen immer wieder mittelbar mit Polen zu tun hat, stark befremdend auf die Amerikaner wirkt.

Ich weiss, dass eine Bonner Parlamentsdelegation in diesem Monat nach Warschau reist und auch während des 20. Jahrestages des Einfalls deutscher Truppen in Polen dort sein wird. Sie wird ihre schwierige Aufgabe ganz bestimmt mit Takt und Geschick meistern. Ich bin aber überzeugt, dass noch ein gewichtigerer Schritt erfolgen sollte, der bestimmt in der ganzen Weltpresse, die mit Sicherheit über diesen Tag gross berichten wird, vermerkt werden würde. Ich weiss im übrigen aus sicherer Quelle, dass in polnischen Journalisten- und damit auch in Warschauer Regierungskreisen schon heute die Frage diskutiert wird, was die Bundesregierung zum 1. September wohl verlauten lassen wird.

Ich will nicht so weit gehen, präzise Vorschläge zu machen. Aber vielleicht ist eine halb private Reise eines anerkannten Repräsentanten der Bundesrepublik im losen Zusammenhang mit dem Besuch der Parlamentsdelegation bei Abgabe einer Erklärung der Regierung am 1. September in Warschau möglich. Am stärksten beachtet würde allerdings wohl eine Verlautbarung des Bundeskanzlers oder seines Vertreters während dessen Abwesenheit.

Zusammenfassend darf ich sagen, lieber Felix, dass wir es unseren vielen erbitterten Feinden überall auf der Welt nicht so leicht machen sollten mit der Aufrechterhaltung der törichten These, dass wir in Westdeutschland alle miteinander Revanchisten, Militaristen und üble Nachfolgeerscheinungen der Hitlers seien. Zu einer vernünftigen Wiedervereinigungspolitik gehört bestimmt auch, dass wir uns immer wieder bemühen, Bösartigen und auch Schlechtinformierten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ich will in diesem Brief nicht Äußerungen amerikanischer Journalisten über uns in Warschau zitieren. Sie werden die Tatsache, dass ich Ihnen diese nicht wenigen Zeilen schrieb, schon so werten, dass diese Bemerkungen recht massiv waren.

Ich darf Ihr Einverständnis voraussetzen, dass ich vertraulich Abschriften dieses Briefes an die mir gut bekannten Herren Dr. Gerstenmaier, Dr. Erhard, Ernst Lemmer und Erik Blumenfeld schicke.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

Herrn
Botschafter Felix von Eckardt
Bundespresseamt
B o n n